

## Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
Hinweis .....	5
■ Öffentliche Konsultationen .....	6
Online-Visumantragsverfahren und digitales Visum .	6
Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern:.....	6
■ EU-Politik.....	7
Neue Verbraucherumfrage zu COVID-19-Auswirkungen .....	7
Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für COVID-19-Impfstoff-Ausfuhr verlängert .....	7
EU-Wettbewerb zur Auszeichnung der besten Jungübersetzer*innen .....	8
Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie.....	8
Weitere 9 Mrd. Euro im Rahmen von SURE aufgebracht .....	8
Neuer Ansatz für weltweite EU-Hilfe.....	9
Programm EU4Health .....	9
Programm InvestEU.....	10
Europas digitale Dekade .....	10
EU-weite Umfrage: Konferenz zur Zukunft Europas .	11
„Fit for Future“-Plattform .....	11
Weltfrauentag 2021 / EU-Gleichstellungsbericht .....	12



<b>Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte.....</b>	<b>12</b>
<b>Vorschlag zur Lohntransparenz .....</b>	<b>13</b>
<b>Neue Europäische Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit.....</b>	<b>13</b>
<b>Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgelegt (2021-2030) .....</b>	<b>14</b>
<b>Europäischer Verbraucherschutz: Security Gate .....</b>	<b>14</b>
<b>Kommission unterstützt drei deutsche Digitalprojekte.....</b>	<b>15</b>
<b>Eurobarometer zum sozialen Europa .....</b>	<b>15</b>
<b>Humanitäre EU-Hilfe für den Jemen .....</b>	<b>16</b>
<b>Lorenzo-Natali-Medienpreis 2021 ausgeschrieben ...</b>	<b>16</b>
<b>Verstärkte Partnerschaft zwischen EU und Armenien .....</b>	<b>16</b>
<b>Lieferketten und Versorgungssicherheit von Arzneimitteln .....</b>	<b>17</b>
<b>Studie: Steigender Fachkräftebedarf in der Langzeitpflege.....</b>	<b>17</b>
<b>Schutz von Menschen, die über Plattformen arbeiten.....</b>	<b>18</b>
<b>EU-Kinderrechtsstrategie.....</b>	<b>19</b>
<b>Humanitäre EU-Hilfe für Bangladesch und Myanmar</b>	<b>19</b>
<b>G7: EU unterstützt COVID-19-Impfstrategien und -kapazitäten in Afrika .....</b>	<b>20</b>
<b>EU verdoppelt ihren Beitrag zu COVAX .....</b>	<b>20</b>
<b>Unterstützung der Impfvorbereitungen und der Resilienz der Gesundheitssysteme im Westbalkan ..</b>	<b>21</b>
<b>Corona-Antigen-Schnelltests.....</b>	<b>21</b>
<b>Humanitäre EU-Hilfe für Zivilbevölkerung in Bergkarabach.....</b>	<b>22</b>



# EUFIS - Newsletter

■ März 2021



**Zunehmende Bedrohung durch Coronavirus-  
Varianten .....22**

■ **Veranstaltungen.....23**

**Europäische Projekte für und mit jungen Menschen  
mit Behinderung .....23**

## Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

### Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel, Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778 E-Mail [h.braem@sozialbank.de](mailto:h.braem@sozialbank.de), Internet [www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: [europa@paritaet.org](mailto:europa@paritaet.org).

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe März 2021 ist der 15.03.2021.



## ■ Ausschreibungen

### Hinweis

Neue Aufrufe für Ausschreibungen zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen der hier relevanten EU-Programme 2021-2027 sind ab ca. zweites Quartal 2021 zu erwarten.

## ■ Öffentliche Konsultationen

### Online-Visumantragsverfahren und digitales Visum

Die Kommission will das Schengen-Visumverfahren bis 2025 vollständig digitalisieren. Wie im Migrations- und Asylpaket angekündigt, soll mit dieser Initiative ein digitales Visum eingeführt werden, das die derzeit verwendete Visummarke in Papierform ersetzt, und dafür gesorgt werden, dass Menschen, die eine Reise in die EU planen, ihren Visumantrag online einreichen können. Ein (weitgehend) papier- und kontaktloses Visumverfahren wird kostengünstiger sein, Reisenden und Konsulaten Zeit sparen und gleichzeitig ein Höchstmaß an Sicherheit an den EU-Grenzen gewährleisten.

Die Europäische Kommission hat dazu eine öffentliche Konsultation gestartet, die bis zum **03.06.2021** läuft.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12758-Digitalisation-of-visa-procedures>

### Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Im Juli 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission die EU-Strategie für eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Darin wird dargelegt, wie durch die Verbesserung von Prävention, Ermittlungen und Hilfe für Opfer umfassend auf die wachsende Bedrohung des sexuellen Missbrauchs von Kindern sowohl offline als auch online reagiert werden soll. Die Strategie umfasst acht Initiativen für den Zeitraum 2020-2025, um einen soliden Rechtsrahmen zu schaffen, die Strafverfolgung zu stärken und ein koordiniertes Vorgehen der zahlreichen Akteur\*innen, die am Schutz und an der Unterstützung von Kindern beteiligt sind, zu erleichtern.

Ziel dieser öffentlichen Konsultation ist es, die notwendigen Fakten von den Bürger\*innen und den Interessenträger\*innen einzuholen, die in die Vorbereitung der vorstehend genannten Initiativen einfließen sollen. Die Frist für Rückmeldungen endet am **15.04.2021**.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12726-Child-sexual-abuse-online-detection-removal-and-reporting-public-consultation>

## ■ EU-Politik

### Neue Verbraucherumfrage zu COVID-19-Auswirkungen

Die Kommission hat am 12.03.2021 wichtige Daten zum Verbraucherverhalten im Jahr 2020 veröffentlicht. Die Ergebnisse einer Ende 2020 durchgeführten Umfrage veranschaulichen die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf das Verbraucherverhalten. So haben Einkäufe vor Ort und die Unterstützung lokaler Unternehmen zugenommen. Gleichzeitig wird das Kaufverhalten umweltbewusster: die Verbraucher\*innen waren bereit, für ein nachhaltigeres Produkt höhere Preise zu zahlen.

Die Ergebnisse werden in weitere Maßnahmen der Kommission einfließen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Verbraucher in vollem Umfang an der wirtschaftlichen Erholung in der EU und am ökologischen und digitalen Wandel entsprechend der Ende 2020 beschlossenen neuen Verbraucheragenda teilhaben können.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1104](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1104)

### Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für COVID-19-Impfstoff-Ausfuhr verlängert

Die Kommission hat am 11.03.2021 den Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für Ausfuhren von COVID-19-Impfstoffen bis Ende Juni verlängert. Dieser Schritt erfolgt, nachdem sich einige der Impfstofflieferungen in die EU weiter verzögern.

Die EU steht nach wie vor an der Spitze der Anbieter von Impfstoffen weltweit. Sechs Wochen nach Schaffung dieses Mechanismus wurden 249 Ausfuhranträge in 31 verschiedene Länder für insgesamt 34 090 267 Impfdosen bewilligt, da dadurch die vertraglichen Verpflichtungen zwischen der EU und den Impfstoffherstellern nicht gefährdet wurden. Nur einem Ausfuhrantrag wurde nicht stattgegeben. Zu den wichtigsten Ausfuhrzielen zählen das Vereinigte Königreich (mit rund 9,1 Mio. Dosen), Kanada (3,9 Mio.), Mexiko (3,1 Mio.), Japan (2,7 Mio.), Saudi-Arabien (1,4 Mio.), Hongkong (1,3 Mio.), Singapur (1 Mio.), die Vereinigten Staaten (1 Mio.), Chile (900 000) und Malaysia (800 000).

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1121](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1121)

## **EU-Wettbewerb zur Auszeichnung der besten Jungübersetzer\*innen**

Die Europäische Kommission gratulierte am 11.03.2021 den 27 Gewinner\*innen des Übersetzungswettbewerbs Juvenes Translatores für weiterführende Schulen.

Die Teilnehmenden konnten aus jeder beliebigen EU-Amtssprache in eine zweite übersetzen. Das diesjährige Motto „schwierige Zeiten – gemeinsam sind wir stärker“ spiegelt dabei auch wider, was ganz Europa im vergangenen Jahr durchlebt hat. Die 27 Gewinner\*innen (jeweils eine/r pro Mitgliedstaat) wurden unter fast 2800 Teilnehmenden aus ganz Europa ausgewählt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1044](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1044)

## **Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie**

Die Europäische Kommission hat am 11.03.2021 vorgeschlagen, im Rahmen des Solidaritätsfonds der Europäischen Union fast 530 Mio. Euro für zusätzliche finanzielle Hilfen zu mobilisieren.

Damit leistet der Fonds einen Beitrag zu den Maßnahmen, die 17 Mitgliedstaaten und drei Beitrittsländer (Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Portugal, Rumänien, Spanien, Tschechien und Ungarn sowie Albanien, Montenegro und Serbien) zum Schutz der öffentlichen Gesundheit im Rahmen der Bekämpfung des Coronavirus durchführen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1111](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1111)

## **Weitere 9 Mrd. Euro im Rahmen von SURE aufgebracht**

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des EU-SURE-Programms eine Einzeltranchen-Anleihe von 9 Mrd. Euro ausgegeben, die im Juni 2036 fällig ist. Damit sollen Arbeitsplätze und Arbeitnehmer\*innen geschützt und die schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen der Coronavirus-Pandemie abgefedert werden.



Dies war die fünfte Anleiheemission im Rahmen des Programms EU-SURE und die zweite im Jahr 2021. Die Anleihe stieß bei den Anleger\*innen auf großes Interesse, weshalb die Kommission erneut sehr gute Kursbedingungen direkt an die EU-Mitgliedstaaten weitergeben konnte.

Weiterführende Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1063](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1063)

## **Neuer Ansatz für weltweite EU-Hilfe**

Die Kommission hat am 10.03.2021 eine Verstärkung der humanitären Maßnahmen der Europäischen Union weltweit vorgeschlagen, um den erheblich gestiegenen und durch die COVID-19-Pandemie noch weiter verschärften humanitären Bedarf zu decken.

In der Mitteilung werden eine Reihe von wichtigen Maßnahmen vorgeschlagen, um im Rahmen eines „Team Europa“-Ansatzes die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe durch die Erweiterung der Ressourcenbasis, die Förderung günstiger Rahmenbedingungen und die Bekämpfung der Ursachen von Krisen zu gewährleisten. Sie rückt erneut die Einhaltung des humanitären Völkerrechts in den Mittelpunkt und sieht auch Maßnahmen zur Bewältigung der dramatischen humanitären Auswirkungen des Klimawandels vor.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1067](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1067)

## **Programm EU4Health**

Die Kommission begrüßt das Votum des Europäischen Parlaments für das Programm EU4Health vom 09.03.2021, das eine wichtige Etappe für die Bereitstellung von 5,1 Mrd. Euro darstellt, mit denen die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme gestärkt und Innovationen im Gesundheitssektor gefördert werden sollen.

EU4Health wird einen wesentlichen Beitrag zur Erholung nach der COVID-19-Krise leisten, indem es die EU-Bevölkerung gesünder macht, die Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen unterstützt und die Bereitschaft und Fähigkeit der EU zur wirksamen Reaktion auf künftige Gesundheitskrisen als Teil einer künftigen starken europäischen Gesundheitsunion fördert.

Mit einer Dotierung von 5,1 Mrd. Euro ist EU4Health größer als alle anderen EU-Gesundheitsprogramme zuvor; es wird Gelder für die EU-Länder, Gesundheitsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen bereitstellen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1084](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1084)

## Programm InvestEU

Die Europäische Kommission begrüßt das Votum des Europäischen Parlaments vom 09.03.2021, mit dem die im Dezember 2020 erzielte politische Einigung über InvestEU bestätigt wird.

Das Programm „InvestEU“ verschafft der EU die dringend benötigten langfristigen Finanzierungen, indem verstärkt private Investitionen für die Erholung mobilisiert werden, um so die europäische Wirtschaft grüner, digitaler und widerstandsfähiger zu machen.

Die InvestEU-Haushaltsgarantie umfasst 26,2 Mrd. Euro und wird aus dem mehrjährigen Finanzrahmen und NextGenerationEU finanziert. Auf dieser Grundlage können Investitionen im geschätzten Wert von über 372 Mrd. Euro EU-weit mobilisiert werden, von denen 30% zur Verwirklichung der Klimaziele beitragen werden.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1046](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1046)

## Europas digitale Dekade

Die Kommission hat am 09.03.2021 eine Zielvorstellung sowie klare Vorgaben und Wege für einen erfolgreichen digitalen Wandel Europas bis 2030 vorgelegt. Dies ist entscheidend für den Übergang zu einer klimaneutralen, kreislauforientierten und resilienten Wirtschaft.

Die Kommission schlägt einen *digitalen Kompass* vor, um die Digitalziele der EU für 2030 konkret umzusetzen. Die Ziele drehen sich um vier Kernpunkte:

- 1) Digital befähigte Bürger\*innen und hoch qualifizierte digitale Fachkräfte;
- 2) Sichere, leistungsfähige und tragfähige digitale Infrastrukturen;
- 3) Digitaler Umbau der Unternehmen;
- 4) Digitalisierung öffentlicher Dienste.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_983](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_983)

## **EU-weite Umfrage: Konferenz zur Zukunft Europas**

Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission veröffentlichen am 09.03.2021 die erste gemeinsam für beide Organe durchgeführte Eurobarometer-Sonderumfrage zur Zukunft Europas.

Aus der vor der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur *Konferenz zur Zukunft Europas* veröffentlichten Umfrage geht hervor, dass die überwiegende Mehrheit (92%) der Befragten aus allen Mitgliedstaaten fordert, dass die Stimme der Bürger\*innen bei Entscheidungen über die Zukunft Europas stärker berücksichtigt wird.

Genau darauf zielt die Konferenz zur Zukunft Europas ab: Sie schafft ein neues öffentliches Forum für eine offene, inklusive, transparente und strukturierte Debatte, in dem sich die Europäer\*innen über Themen austauschen können, die ihnen am Herzen liegen und in ihrem Alltag eine wichtige Rolle spielen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1025](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1025)

## **„Fit for Future“-Plattform**

Die „Fit for Future“-Plattform der Kommission hat 15 Initiativen ausgewählt mit dem Ziel, zur Vereinfachung von EU-Rechtsvorschriften, Bürokratieabbau für Bürger\*innen und Unternehmen beizutragen, und um sicherzustellen, dass die EU-Politik auf neue und sich abzeichnende Herausforderungen reagiert.

Alle Bürger\*innen und Interessenträger\*innen können über das Portal [Ihre Meinung zählt – Vereinfachen!](#) zur Arbeit der Plattform beitragen. Ideen für Vereinfachung und Bürokratieabbau in den 15 ausgewählten Themenbereichen, die bis zum 30.04.2021 eingehen, wird die Plattform bei der Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen für 2021 berücksichtigen. Sonstigen Anregungen wird bei der Vorbereitung des Arbeitsprogramms 2022 Rechnung getragen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_942](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_942)

## Weltfrauentag 2021 / EU-Gleichstellungsbericht

Die Kommission hat vor dem Weltfrauentag ihren Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU von 2021 veröffentlicht. In dem Bericht wird dargelegt, inwiefern sich die COVID-19-Pandemie negativ auf Frauen ausgewirkt hat. In Europa und darüber hinaus hat die Pandemie die bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in fast allen Lebensbereichen verschärft und hart erkämpfte Fortschritte der vergangenen Jahre wieder zunichtegemacht.

Gleichzeitig steht die Gleichstellung der Geschlechter ganz oben auf der politischen Agenda der EU, und die Kommission hat intensiv an der Umsetzung der vor einem Jahr verabschiedeten Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter gearbeitet. Um die Fortschritte in jedem der 27 Mitgliedstaaten besser nachvollziehen und überwachen zu können, ging das Portal der Kommission zur Überwachung der Gleichstellungsstrategie online.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_1011](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1011)

## Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte

Am 04.03.2021 stellte die Kommission ihr Ziel vor, ein starkes soziales Europa zu schaffen, das den Schwerpunkt auf Arbeitsplätze und Kompetenzen für die Zukunft legt und den Weg für eine faire, inklusive und stabile sozioökonomische Erholung bereitet.

Der *Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte* umfasst konkrete Maßnahmen zur weiteren Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte in einer gemeinsamen Anstrengung der Mitgliedstaaten und der EU unter aktiver Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Zudem werden in diesem Aktionsplan Kernziele für die EU in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialschutz vorgeschlagen, die bis 2030 erreicht werden sollen.

Dies bietet eine Chance für Europa, sein soziales Regelwerk auf den neuesten Stand zu bringen und zugleich die Veränderungen infolge neuer gesellschaftlicher, technologischer und wirtschaftlicher Entwicklungen sowie der sozioökonomischen Folgen der Pandemie erfolgreich zu meistern.

Die Kommission stellt auch ihre Empfehlung zu einer *wirksamen aktiven Beschäftigungsförderung (EASE) nach der COVID-19-Krise* vor, die auf eine beschäftigungsintensive Erholung abzielt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_820](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_820)

## Vorschlag zur Lohntransparenz

Die Europäische Kommission hat am 04.03.2021 einen Vorschlag zur Lohntransparenz vorgelegt, mit dem sichergestellt werden soll, dass Frauen und Männer in der EU gleiches Entgelt bei gleicher Arbeit erhalten.

Er stellt eine politische Priorität von Präsidentin von der Leyen dar und enthält Maßnahmen zur Lohntransparenz, darunter Angaben zum Entgelt für Arbeitsuchende, das Recht auf Informationen über das Einkommen von Arbeitnehmer\*innen, die gleiche Arbeit verrichten, sowie Berichterstattungspflichten im Hinblick auf geschlechtsspezifisches Lohngefälle für große Unternehmen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_881](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_881)

## Neue Europäische Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit

Gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur eröffnet die Europäische Kommission am 04.03.2021 die Europäische Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit. Wie von Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans in der vergangenen Woche bei [der Vorstellung der EU- Strategie zur Anpassung an den Klimawandel angekündigt](#), müssen sich Anpassungsmaßnahmen auf solide Daten und Risikobewertungsinstrumente stützen können, die allen zur Verfügung stehen.

Das Observatorium soll Wissen bündeln und so Instrumente schaffen, um die gesundheitlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu bewältigen und unsere Gesellschaften widerstandsfähiger zu machen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210304-beobachtungsstelle-klima-gesundheit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210304-beobachtungsstelle-klima-gesundheit_de)

## Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgelegt (2021-2030)

Die Europäische Kommission legte am 03.03.2021 eine ehrgeizige Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2021-2030) vor, um im Einklang mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in denen Gleichheit und Nichtdiskriminierung als Eckpfeiler der EU-Politik verankert sind, die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft in der EU und darüber hinaus zu gewährleisten.

Die neue Strategie baut auf ihrer Vorgängerstrategie, der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020, auf und trägt zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte bei, für die die Kommission in dieser Woche einen Aktionsplan annehmen wird, der als Kompass für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in Europa dienen soll. Die Strategie soll der EU und den Mitgliedstaaten dabei helfen, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten umzusetzen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_810](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_810)

## Europäischer Verbraucherschutz: Security Gate

Die Europäische Kommission hat am 02.03.2021 ihren Jahresbericht über das „Safety Gate“ veröffentlicht, bei dem es sich um das EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Verbraucherprodukte handelt und das dazu beiträgt, gefährliche Non-Food-Produkte vom Markt zu nehmen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Zahl der aufgrund einer Warnmeldung ergriffenen behördlichen Maßnahmen von Jahr zu Jahr zunimmt.

So lag die Zahl der Maßnahmen 2020 mit 5 377 getätigten Warnmeldungen gegenüber 2019 mit 4 477 Warnmeldungen auf einem neuen Höchststand. 9% aller 2020 registrierten Warnmeldungen betraf Produkte im Zusammenhang mit COVID-19, zumeist Masken, die zwar schützen sollten, dies aber nicht tun.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_814](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_814)

## Kommission unterstützt drei deutsche Digitalprojekte

Die EU-Kommission hat am 02.03.2021 die erste Runde von Reformprojekten bekanntgegeben, die über das neue Instrument für technische Unterstützung finanziert werden sollen. Aus Deutschland wurden drei Digitalprojekte der öffentlichen Verwaltung ausgewählt. Insgesamt hat die Kommission 226 Projekte in allen 27 Mitgliedstaaten genehmigt.

Bei den drei deutschen Projekten geht es um die Stärkung der digitalen Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung, die Digitalisierung der Verfahren in der Finanzaufsicht und die Digitalisierung der lokalen Dienstleistungen für die Bürger\*innen durch moderne Technologie.

In Deutschland wurden bisher fünf Projekte über das Vorgängerprogramm des Instruments für technische Unterstützung, das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP), genehmigt. Die Unterstützung beinhaltete Projekte der tertiären Bildung, im Gesundheitswesen, der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und Statistik. Die Kommission erwartet, dass bis Ende 2021 vier Projekte erfolgreich abgeschlossen sein werden.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210302-foerderung-digitalprojekte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210302-foerderung-digitalprojekte_de)

## Eurobarometer zum sozialen Europa

Eine am 01.03.2021 von der Kommission vorgestellte Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass ein soziales Europa, das sich für faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und Chancengleichheit einsetzt, für die große Mehrheit der europäischen Bürger\*innen hohe Priorität hat. Laut der Umfrage ist für 91% der Befragten in Deutschland ein soziales Europa wichtig, europaweit teilen fast neun von zehn Europäern (88%) diese Ansicht.

Von der Europäischen Säule Sozialer Rechte erhoffen sich 79% der Befragten in Deutschland und Europa ein Mehr an Beschäftigung und Teilhabe. 62% in Deutschland und europaweit glauben, dass es im Jahr 2030 ein sozialeres Europa geben wird.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210301-deutsche-fuer-soziales-europa\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210301-deutsche-fuer-soziales-europa_de)

## Humanitäre EU-Hilfe für den Jemen

Die Europäische Kommission stellt 95 Mio. Euro an humanitärer Hilfe bereit, um angesichts des drastischen Anstiegs der Zahl unterernährter Kinder, einer drohenden Hungersnot und erneuter Kämpfe den dringendsten Bedarf der Menschen in Jemen zu decken. Mehr als zwei Mio. Kinder sowie über eine Mio. Schwangere und Mütter werden Schätzungen zufolge 2021 unter akuter Mangelernährung leiden. Zugleich sind tausende Familien aufgrund wieder aufbrechender Konflikte gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, sagte diese zusätzlichen Mittel anlässlich der [hochrangigen Geberkonferenz für Jemen](#) am 01.03.2021 zu, die gemeinsam von den Vereinten Nationen, Schweden und der Schweiz ausgerichtet wird.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_889](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_889)

## Lorenzo-Natali-Medienpreis 2021 ausgeschrieben

Seit Beginn März können Bewerbungen für einen der wichtigsten Journalismus-Preise weltweit, den Lorenzo-Natali-Medienpreis, eingereicht werden. Mit dem von der Europäischen Kommission unterstützten Preis werden Journalist\*innen aus der ganzen Welt für ihre mutigen Recherchen und Berichte über Menschen und unseren Planeten gewürdigt, die einige der größten Herausforderungen der Gegenwart behandeln und inspirierende Lösungswege aufzeigen.

Die Bewerbungsfrist endet am 19.04.2021. Der Preis ist mit 10 000 Euro dotiert.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_801](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_801)

## Verstärkte Partnerschaft zwischen EU und Armenien

Am 01.03.2021 tritt das Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft (CEPA) zwischen der Europäischen Union und Armenien in Kraft. Es wurde bereits von der Republik Armenien, allen EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament ratifiziert. Dies ist ein wichtiger Meilenstein für die Beziehungen zwischen der EU und Armenien.



Das Abkommen bildet einen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Armenien in einer Vielzahl von Bereichen: Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte; Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und Geschäftsmöglichkeiten, Verbesserung der Rechtsvorschriften und der öffentlichen Sicherheit, saubere Umwelt sowie bessere Bildung und Forschungsmöglichkeiten. Diese bilaterale Agenda trägt auch zum übergeordneten Ziel der EU bei, ihre Beziehungen zu ihren Partnern der östlichen Nachbarschaft durch den Rahmen der Östlichen Partnerschaft zu vertiefen und zu stärken.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_782](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_782)

## **Lieferketten und Versorgungssicherheit von Arzneimitteln**

Die Europäische Kommission hat am 26.02.2021 einen strukturierten Dialog mit den Akteur\*innen der pharmazeutischen Versorgungskette eingeleitet, um die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu stärken und die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln zu gewährleisten. Alle Akteur\*innen in der Wertschöpfungskette der Arzneimittelherstellung, Behörden, Forschungseinrichtungen, Angehörige der Gesundheitsberufe und Patientenorganisationen nehmen daran teil.

Die Initiative wird insbesondere dazu beitragen, die Produktionskapazitäten für kritische Wirkstoffe, Rohstoffe und Arzneimittel in der EU auszubauen, um angesichts der Erfahrungen mit COVID-19 besser auf künftige Gesundheitspandemien vorbereitet zu sein.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210226-arzneimittel-dialog\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210226-arzneimittel-dialog_de)

## **Studie: Steigender Fachkräftebedarf in der Langzeitpflege**

Die Zahl der Arbeitskräfte in der Gesundheits- und Langzeitpflege in der EU muss zwischen 2018 und 2030 um elf Mio. steigen, um den Anforderungen einer alternden Bevölkerung gerecht zu werden. Bei der Versorgung der steigenden Zahl älterer Menschen werden Zuwanderung aus Drittländern und die Mobilität innerhalb der EU eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der EU-Kommission.

Im Jahr 2018 gab es in der EU fast zwei Mio. Beschäftigte in der Gesundheits- und Langzeitpflege, die in einem anderen Land als ihrem Geburtsland arbeiten. Die Zahl dieser im Ausland geborenen Arbeitskräfte ist in den letzten Jahren gestiegen. Diese Arbeitskräfte sind auch nicht gleichmäßig verteilt, denn mehr als zwei Drittel sind in nur fünf EU-Ländern beschäftigt: Deutschland, Italien, Schweden, Frankreich und Spanien.

Der Bericht empfiehlt, die derzeitigen Wanderrichtungen in der Arbeitsmigration mit Überlegungen zur Gesundheits- und Langzeitpflegesystem zu verknüpfen und dabei den Globalen Verhaltenskodex der WHO zu berücksichtigen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210225-fachkraeftebedarf-langzeitpflege\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210225-fachkraeftebedarf-langzeitpflege_de)

## **Schutz von Menschen, die über Plattformen arbeiten**

Die Kommission hat die erste Phase einer Konsultation der europäischen Sozialpartner eingeleitet, um deren Ansichten zu der Frage einzuholen, wie die Arbeitsbedingungen von Menschen, die über digitale Plattformen arbeiten, verbessert werden können. Die Plattformarbeit nimmt in der EU in immer mehr Wirtschaftszweigen eine rasante Entwicklung. Sie kann mehr Flexibilität, neue Beschäftigungs- und zusätzliche Einkommensmöglichkeiten bieten – auch für Menschen, die auf dem traditionellen Arbeitsmarkt möglicherweise nur schwierig Zugang finden. Allerdings sind bei bestimmten Arten von Plattformarbeit die Arbeitsbedingungen durchaus prekär, was sich in einem Mangel an Transparenz und Verlässlichkeit der vertraglichen Vereinbarungen, an Sicherheit und Gesundheitsschutz und einem unzureichenden Zugang zum Sozialschutz äußert. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich aus der grenzüberschreitenden Dimension der Plattformarbeit und dem algorithmischen Management.

In dieser ersten Phase der Konsultation sollen die Ansichten der europäischen Sozialpartner zur Notwendigkeit und zur Ausrichtung möglicher EU-Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit eingeholt werden. Die Konsultation läuft mindestens sechs Wochen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_686](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_686)

## EU-Kinderrechtsstrategie

Am 23.02.2021 stellte die EU-Kommission die Ergebnisse des Berichts „Unser Europa, unsere Rechte, unsere Zukunft“ vor, der die Ansichten und Vorschläge von über 10.000 Kindern zwischen 11 und 17 Jahren präsentiert. Demnach wächst eines von fünf Kindern in der EU unglücklich auf und macht sich Sorgen um die Zukunft. Ein Drittel der befragten Kinder hat Diskriminierung oder Ausgrenzung erlebt. Die Beiträge der Kinder werden in die erste EU-Strategie für die Rechte des Kindes und die europäische Kindergarantie einfließen, die die Kommission in den kommenden Wochen vorlegen wird.

Die Kinderrechtsstrategie zielt darauf ab, die Rechte aller Kinder bei internen und externen Handlungen der EU zu schützen und die Rechte der Kinder bei politischen Maßnahmen sowie Instrumenten der EU sowohl innerhalb der Union als auch darüber hinaus zu berücksichtigen.

Die Partizipation von Kindern wird eine der Hauptprioritäten der EU-Kinderrechtsstrategie sein. Die Kommission hat kürzlich eine [Studie über die Beteiligung von Kindern am politischen und demokratischen Leben in der EU](#) veröffentlicht, die in die EU-Strategie einfließen wird und zu der über 200 Kinder und Jugendliche beigetragen haben.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210223-eu-kinderrechtsstrategie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210223-eu-kinderrechtsstrategie_de)

## Humanitäre EU-Hilfe für Bangladesch und Myanmar

Die Europäische Kommission hat am 23.02.2021 humanitäre Hilfe in Höhe von 39 Mio. Euro angekündigt, um den Bedürfnissen vertriebener und von Konflikten betroffener Gemeinschaften in Bangladesch und Myanmar gerecht zu werden, insbesondere vor dem Hintergrund der akuten Rohingya-Flüchtlingskrise, die durch die COVID-19-Pandemie noch verschärft wurde.

Humanitäre Partner der EU, die in Bangladesch und Myanmar tätig sind, erhalten nun weitere 24,5 Mio. Euro bzw. 11,5 Mio. Euro, um auf den wichtigsten Bedarf an humanitärer Hilfe und Katastrophenvorsorge zu reagieren. Weitere 3 Mio. Euro werden bereitgestellt, um den lebenswichtigen Schutzbedarf staatenloser Rohingya in anderen Ländern der Region zu decken.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_681](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_681)

## **G7: EU unterstützt COVID-19-Impfstrategien und -kapazitäten in Afrika**

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat am 19.02.2021 humanitäre Hilfe in Höhe von 100 Mio. Euro angekündigt, um die Impfkampagnen in Afrika zu unterstützen, die unter Leitung der afrikanischen Zentren für die Bekämpfung und Prävention von Krankheiten durchgeführt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung der Haushaltsbehörde werden mit diesen Mitteln Impfkampagnen in Ländern mit kritischem humanitären Bedarf und fragilen Gesundheitssystemen unterstützt.

Die Mittel werden u.a. zur Sicherstellung der Kühlketten, der Einführung von Registrierprogrammen, der Schulung von medizinischem und unterstützendem Personal sowie zur Logistik beitragen. Dieser Betrag kommt zu den 2,2 Mrd. Euro hinzu, die vom „Team Europa“ für COVAX bereitgestellt wurden.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_701](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_701)

## **EU verdoppelt ihren Beitrag zu COVAX**

Die Europäische Union hat am 19.02.2021 zusätzliche 500 Mio. Euro für die COVAX-Fazilität angekündigt. Damit verdoppelt sie ihren Beitrag zu dieser globalen Initiative, die die Bemühungen um einen fairen und gleichberechtigten Zugang zu sicheren und wirksamen COVID-19-Impfstoffen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen vorantreibt.

Mit dieser neuen Zusage rückt das Ziel von COVAX näher, bis Ende 2021 1,3 Mrd. Dosen für 92 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereitzustellen. Team Europa ist mit einem Beitrag von über 2,2 Mrd. Euro einer der führenden Geber der COVAX-Fazilität; dieser Betrag schließt weitere Mittel in Höhe von 900 Mio. Euro ein, die Deutschland zugesagt hat.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_690](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_690)

## **Unterstützung der Impfvorbereitungen und der Resilienz der Gesundheitssysteme im Westbalkan**

Die Europäische Union hat in Partnerschaft mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein neues regionales Projekt im Wert von über 7 Mio. Euro gestartet, um eine sichere und wirksame Impfung der Bevölkerung im gesamten Westbalkan zu unterstützen.

Dieses Projekt wird dazu beitragen, die Region auf die wirksame Annahme und Verabreichung von COVID-19-Impfstoffen vorzubereiten, einschließlich der Impfstoffe, die sie über die COVAX-Fazilität und den EU-Mechanismus für die gemeinsame Nutzung von Impfstoffen mit den EU-Mitgliedstaaten erhält. Ziel des Projekts ist es auch, die Resilienz der Region gegenüber Gesundheitskrisen zu stärken und die Region dabei zu unterstützen, eine tragfähige Finanzierung der allgemeinen Gesundheitsversorgung zu erreichen.

Zu den Projektmaßnahmen gehören unter anderem die Entwicklung und Erprobung von Notfallplänen, Schulungen für Angehörige der Gesundheitsberufe und die Entwicklung von Informationsmanagementsystemen für Impfprogramme.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_683](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_683)

## **Corona-Antigen-Schnelltests**

Die 27 EU-Staaten haben sich im Ausschuss für Gesundheitssicherheit auf eine gemeinsame Liste von COVID-19-Antigen-Schnelltests, die gegenseitige Anerkennung von Schnelltest-Ergebnissen und einen gemeinsamen standardisierten Datensatz für Testergebnisse geeinigt.

Die Mitgliedstaaten setzen mit ihrer Entscheidung eine Empfehlung des Rates vom 21.01.2021 um. Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der EU ist zudem dabei, ihre COVID-19-Datenbank für In-vitro-Diagnostika zu aktualisieren. Ziel ist es, alle Informationen über Antigen-Schnelltests zu integrieren, die vom Gesundheitssicherheitsausschuss gesammelt und vereinbart wurden.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210218-corona-antigen-schnelltests\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210218-corona-antigen-schnelltests_de)

## Humanitäre EU-Hilfe für Zivilbevölkerung in Bergkarabach

Die Kommission hat am 18.02.2021 humanitäre Hilfe in Höhe von 3 Mio. Euro angekündigt, um die Opfer des jüngsten bewaffneten Konflikts in und um Berg-Karabach, darunter eine beträchtliche Zahl von Vertriebenen, zu unterstützen. Seit Beginn der Feindseligkeiten im September 2020 hat die EU insgesamt 6,9 Mio. Euro an humanitärer Hilfe mobilisiert.

Diese neu angekündigte Soforthilfe wird den humanitären Partnern der EU dabei helfen, Nahrungsmittel, Unterkünfte, Wintergüter und andere Güter zur Deckung von Grundbedürfnissen sowie grundlegende Gesundheitsdienste und psychosoziale Unterstützung für die betroffene Bevölkerung bereitzustellen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_665](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_665)

## Zunehmende Bedrohung durch Coronavirus-Varianten

Die Kommission schlug am 17.02.2021 Sofortmaßnahmen vor, damit sich Europa besser auf die zunehmende Bedrohung durch Coronavirus-Varianten vorbereiten kann. Dank des neuen europäischen Bereitschaftsplans zur Vorsorge gegen biologische Gefahren im Zusammenhang mit COVID-19-Varianten, dem HERA Incubator, werden Forschung, Biotechnologieunternehmen, Hersteller und Behörden aus der EU und der ganzen Welt zusammenarbeiten, um neue Varianten nachzuweisen, Anreize für die Entwicklung neuer und angepasster Impfstoffe zu schaffen, das Zulassungsverfahren für diese Impfstoffe zu beschleunigen und die Produktionskapazitäten auszubauen.

Mit dem Auftreten immer neuer Varianten und zunehmend neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ausweitung der Impfstoffproduktion kommt es darauf an, jetzt zu handeln. Der HERA Incubator wird auch als Blaupause für die langfristige Vorsorge der EU für Gesundheitsnotstände dienen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_641](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_641)

## ■ Veranstaltungen

### Europäische Projekte für und mit jungen Menschen mit Behinderung

Die Agentur Jugend für Europa in Bonn veranstaltet am **23.04.2021** eine Online-Veranstaltung zum Thema „Barrieren abbauen in Erasmus+ JUGEND IN AKTION und dem Europäischen Solidaritätskorps“.

Europäische Begegnungen, Engagement und Mobilität – europäische Jugendarbeit soll allen jungen Menschen offenstehen. Insbesondere für junge Menschen mit Behinderungen ist die Teilnahme an Projekten (europäischer) Jugendarbeit jedoch häufig mit diversen Hürden und Herausforderungen verbunden: Wer zahlt die Kosten für Gebärdensprachverdolmetschungen? Ist der Veranstaltungsort barrierefrei? Welche Organisation ist auf die Entsendung oder Aufnahme von Freiwilligen mit Lernbeeinträchtigung eingestellt?

Auch Organisationen, die inklusiv arbeiten oder offen für die inklusive Projektarbeit sind, stehen vor der Herausforderung, lokale und internationale Partner oder die richtige Finanzierung für ihre europäischen Projekte zu finden.

Die EU-Jugendprogramme Erasmus+ (JUGEND IN AKTION) und Europäisches Solidaritätskorps wollen einen Beitrag dazu leisten, diesen Herausforderungen zu begegnen. JUGEND für Europa als Nationale Agentur möchte Fachkräfte und Organisationen dabei unterstützen sich mit den Programmen vertraut zu machen und Hürden abzubauen.

In der Online-Veranstaltung gibt es einen Überblick über Programmformate, Fördermöglichkeiten und Dienste geben, die die inklusive Entwicklung und Gestaltung von Projekten und (europäischer) Jugendarbeit ermöglichen. Als Inspiration dienen Einblicke in gelungene Projekte rund um das Thema Inklusion und Vielfalt.

Angesprochen sind dabei Projektverantwortliche der (internationalen) Jugendarbeit sowie aus Organisationen, Vereinen und Projekten von und mit Menschen mit Behinderung mit Sitz in Deutschland, die Interesse an inklusiver europäischer Jugendarbeit haben.

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/barrierenabbauen/>